

Rede zum Haushalt 2026
Susanne Reinhoffer,
Fraktionsvorsitzende der UWG Gronau

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Borczyskowski,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,

heute beraten wir über den Haushalt 2026 – und damit über weit mehr als Finanzen.

Wir entscheiden über Vertrauen. Über Verantwortung. Und über die Zukunft unserer Stadt.
Wir beraten darüber, wie wir unsere Stadt Gronau in einer Zeit großer Veränderungen aufstellen.

Blicken wir zurück auf eine Krise, die wir überstanden haben, an die Corona-Krise (Anfang 2020 bis Anfang 2023) verbunden mit großen Einschnitten und tragischen Folgen, doch konnten wir diese Krise gemeinsam überstehen.

Am 24.Februar.2022 folgte der immer noch brennende, schreckliche Angriffskrieg Putins auf die Ukraine.

Zu den Kosten der beiden Krisen wurde in der Vergangenheit der NKF-CUIG Sonderposten isoliert, 9,675 Mio Euro werden auf 50 Jahre verteilt und belasten konsumtiv jährlich mit 194.000€ zukünftige Haushalte.

Jetzt am 28.Februar 2026 -4 Jahre nach Beginn des Ukraine Krieges – haben die USA und Israel den Iran angegriffen. Ein weiterer Krieg dieses Mal im Nahen Osten hat begonnen, dessen Dimensionen wir noch gar nicht abschätzen können und dessen erste Auswirkungen unmittelbar an den Zapfsäulen unserer Tankstellen zu spüren sind.

Weltweite Krisen greifen auf unser tägliches Leben. Wir leben in einer Zeit, in der Vieles nicht mehr selbstverständlich ist.

Die weltpolitische Lage ist angespannt, damit nehmen wirtschaftliche Unsicherheiten zu, und auch unsere Demokratie steht unter Druck – nicht nur in der Ferne, sondern auch innerhalb von Deutschland, geschürt durch Polarisierung und einen Kampf gegen das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Gerade deshalb kommt der kommunalen Ebene eine besondere Rolle in der Demokratie zu. Hier, in unseren Städten und Gemeinden, entscheidet sich, ob Vertrauen wächst oder verloren geht. Hier erleben die Menschen ganz konkret, ob Politik funktioniert.

Unsere Stadt Gronau ist dabei etwas Besonderes.
Als Grenzstadt in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Niederlanden ist sie seit jeher geprägt von Offenheit, Austausch und Vielfalt - hier wird Europa gelebt!

Viele Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten, Kulturen und Perspektiven leben hier zusammen.
Diese Vielfalt ist keine Herausforderung, die es zu bewältigen gilt – sie ist eine Stärke, die unsere Stadt ausmacht.
Gerade in Zeiten, in denen andernorts wieder Grenzen im Kopf entstehen, ist es unsere Aufgabe, diese Offenheit zu bewahren und weiter zu stärken.

Der Haushalt, über den wir heute entscheiden, ist dabei ein zentrales Instrument.

Unser Haushalt ist weit mehr als eine Sammlung von Zahlen – er ist ein politischer Kompass. Er zeigt, welche Prioritäten wir setzen, welche Verantwortung wir übernehmen und welchen Weg wir für unsere Stadt einschlagen wollen.

Dieser Haushalt ist zugleich das Ergebnis vergangener Entscheidungen. In früheren Jahren wurde zu oft nach dem Prinzip „Wünsch dir was“ gehandelt: Investitionen wurden beschlossen, ohne die langfristigen Folgen ausreichend zu berücksichtigen. Jede Investition zieht auch laufende, konsumtive Ausgaben nach sich. Die Nullzinsphase ist schon lange vorbei.

Wir müssen feststellen: Wir haben in der Vergangenheit manches Mal über unsere Verhältnisse gelebt.

Unsere ordentlichen Einnahmen reichen nicht aus, um Zins und Tilgung für Investitionen dauerhaft zu tragen. Es werden kurzfristige Kassenkredite von 80 Mio Euro benötigt, um die Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten und bestehende Verpflichtungen zu bedienen – diese strukturelle Entwicklung bedeutet eine Abwärtsspirale, die wir dringend stoppen müssen.

Der Jahresfehlbetrag 2026 von rund 8 Millionen Euro mag im ersten Moment überschaubar erscheinen. Im Zeitverlauf darf er jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mittelfristige Finanzplanung weiterhin strukturelle Defizite ausweist und die Gefahr einer Haushaltssicherung besteht. Der Haushalt 2026 ist genehmigungspflichtig.

Vor diesem Hintergrund werden wir uns bei jeder kommenden Entscheidung mit Auswirkung auf den Haushalt weiterhin intensiv mit den notwendigen Weichenstellungen beschäftigen müssen. Dazu gehört, Investitionen in eine realistische Zeitschiene zu bringen, Prioritäten zu setzen und auch Einsparpotenziale zu prüfen.

Die politische Zusammenarbeit hat sich seit der Kommunalwahl spürbar und grundlegend verbessert. Bürgermeister von Borczykowski hat frühzeitig die Weichen für einen regelmäßigen und konstruktiven Austausch mit allen Fraktionen gestellt.

Die Einrichtung der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Strategische Entwicklung“, zu der alle Fraktionsspitzen eingeladen sind, ist hierfür ein wichtiger Baustein. In diesem Rahmen erfolgt eine frühzeitige Information zu zentralen Themen – als Grundlage für mehr Transparenz, bessere Abstimmung und höhere Qualität in der kommunalpolitischen Arbeit.

Ebenso ist positiv hervorzuheben, dass sowohl vom Bürgermeister als auch von Seiten der Verwaltung frühzeitig konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung, zu Einsparungen und notwendigen Anpassungen eingebracht wurden.

Dafür möchten wir ausdrücklich unseren Dank aussprechen.

Klar ist - unsere finanziellen Spielräume - Einnahmen und Ausgaben- sind stark eingeschränkt.

Die Einnahmeseite der Kommune ist nur begrenzt beeinflussbar. Umso wichtiger ist es, verantwortungsvoll mit den vorhandenen Steuerungsinstrumenten umzugehen.

Mehrheitlich haben wir uns darauf verständigt, die Hebesätze auf das Niveau der fiktiven Hebesätze des Landes anzuheben, um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt zu sichern.

Gleichzeitig setzen wir mit dem gesplitteten Grundsteuermodell ein bewusstes und wichtiges Signal zur Entlastung von Hauseigentümern und Mietern:

Die Hebesätze für Wohngrundstücke bleiben mit 504 v. H. deutlich niedriger als die für Gewerbe- und Bauland mit 1.068 v. H. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer bleibt unverändert bei 439 v. H.

Damit schaffen wir einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Haushaltsstabilität und sozialer Verantwortung gegenüber Eigentümern und Mietern.

Aus Sicht der UWG sollten zudem sämtliche städtischen Gebühren künftig regelmäßig überprüft und in einem vertraglichen Rahmen angepasst werden.

Ziel muss es sein, sprunghafte und für die Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbare, drastische Erhöhungen im Abstand von mehreren Jahren zu vermeiden.

Bei den Ausgaben muss uns bewusst sein, dass rund 90 Prozent unserer Ausgaben durch Vorgaben von Bund und Land bestimmt werden.

Ein Beispiel: Der Ausbau der OGS, der bundesweit eingeführte Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Kinder im Grundschulalter. Dieser gilt ab dem Schuljahr 2026/27 zunächst für die erste Klassenstufe und wird jährlich schrittweise auf alle Klassen der Grundschulen ausgeweitet. Das ist ein Paradebeispiel für mangelnde Konnexität!

Die Kommunen bekommen neue Aufgaben von Bund und Land zugeteilt – aber nicht das Geld dafür.

An dieser Stelle möchte ich den Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt, GPA, Herrn Esken, zitieren:

„Wir befinden uns, wie die meisten Kommunen, in einem dunklen Tal, durch das wir hindurch müssen und das werden wir nur gemeinsam schaffen!“

Steigende Kosten, wirtschaftliche Unsicherheiten und wachsende Anforderungen setzen unseren Haushalt weiterhin unter Druck.

Umso wichtiger ist es, heute eine Entscheidung zu treffen, die die Handlungsfähigkeit unserer Stadt erhält.

Gleichzeitig müssen wir ehrlich sein: Mit dem Haushalt 2026 ist die Arbeit nicht beendet. Weitere Konsolidierungsschritte werden notwendig sein. Wir müssen weiterhin konsequent prüfen, welche Ausgaben unverzichtbar sind, wo Einsparpotenziale bestehen und welche Prioritäten wir setzen.

Für die UWG bedeutet eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik drei Dinge:

Erstens: Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln. Jeder Euro stammt von unseren Bürgerinnen und Bürgern – und verpflichtet uns zu größter Sorgfalt.

Zweitens: Klare Priorisierung von Investitionen. Wir können nicht alles umsetzen, auch wenn wir beispielsweise gerne alle anstehenden Schulprojekte gleichzeitig bauen möchten, das lässt sich weder mit der finanziellen Ausstattung noch mit den Kapazitäten in der Bauverwaltung realisieren.

Drittens: Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg. Gerade in schwierigen Zeiten ist eine konstruktive und sachliche Zusammenarbeit zwischen Ratsfraktionen und Verwaltung unerlässlich.

Eine Politik, die verbindet, statt zu spalten – das ist der Anspruch, den wir alle haben sollten. Gerade in der aktuellen Haushaltslage ist jetzt nicht die Zeit für Profilierung, sondern für Verantwortung.

Umso unverständlicher ist es, dass nach der differenzierten Empfehlung des Bauausschusses im Fachausschuss Schule, Bildung und Kultur zum Thema Overberg Schule und Buterlandschule ein völlig anderer Beschluss gefasst wurde.

Der Bauausschuss hatte vorgeschlagen: Die Buterlandschule mit einem neuen, integrativen Raumkonzept vorzuziehen und nach Umplanung zügig zu realisieren,

und die Entwicklungen der Overbergschule weiterhin engmaschig zu begleiten, die Planungen bis Leistungsphase 4 fortzuführen und die Bauphase realistisch zu den Kapazitäten in der Bauverwaltung in die Zeitschiene 2029 einzuordnen.

Ergebnis: eine Entlastung des Haushalts von rund 4,35 Mio. Euro.

Im Schulausschuss hingegen wurde beschlossen,
- beide Schulen unverändert und kurzfristig zu realisieren –
mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von +7,55 Mio. Euro.
Ist das ein Rückfall in alte Zeiten – oder ein Beschluss im Wissen, dass dieses Votum am nächsten
Tag im Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben wird?

Beides wäre problematisch.
Denn es ist ein Spiel mit dem Feuer – und vor allem ein falsches Signal an die Schulgemeinschaften
beider Schulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
selbstverständlich würden auch wir gerne beide Schulen sofort umsetzen.
Aber wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für den Haushalt der Stadt Gronau.
Und diese Verantwortung gilt in jedem Ausschuss.

Die Realität ist:
Unsere Rücklagen sind weitgehend aufgebraucht. Die finanziellen Spielräume sind begrenzt.
Die Belastbarkeit unserer Bürgerinnen und Bürger durch Steuer- und Gebührenerhöhungen ist nicht
unbegrenzt.

Stellt man einen Vergleich mit dem Alltag, wäre die Frage:
Würden Sie privat einen Überseeurlaub buchen oder ein teures Auto auf Kredit kaufen,
wenn Ihr Sparguthaben nur noch 500 Euro aufweist und Ihr Einkommen kaum noch für die Zinsen und
Tilgung bestehender Kredite reicht?

In der privaten Realität würde die Hausbank diesem Vorgehen einen Riegel vorschieben – aus gutem
Grund.

Im kommunalen Bereich übernimmt diese Rolle die Aufsichtsbehörde.
Ein nicht genehmigungsfähiger Haushalt hätte gravierende Folgen:

- Haushaltssicherung unter externer Kontrolle
- deutliche Steuer- und Gebührenerhöhungen
- massive Einschränkungen bei freiwilligen Leistungen

damit verbunden:

- geringere Unterstützung für Vereine und Ehrenamt
- Infragestellung von Doppelstrukturen (z. B. bei Bibliotheken, Freibäder)
- Diskussionen über Musikschule und VHS
- Einschränkungen bei freiwilligen Leistungen im Bildungsbereich (kostenlose iPads für
Schüler)
- mögliche Auswirkungen auf Angebote wie Schülerbeförderung

Um das zu vermeiden, heißt es jetzt:

- Priorisieren statt Überfordern
- Realistische Zeitachsen statt politischer Wunschtermine
- Verlässlichkeit gegenüber Schulen, Eltern und Lehrkräften

Lassen Sie uns gemeinsam zu einer sachlichen, verantwortungsvollen Linie finden.
Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir mit ihrem Geld sorgfältig umgehen.

Politik bedeutet nicht, Wünsche zu formulieren – sondern Verantwortung zu übernehmen.

Die UWG setzt nicht auf kurzfristige Schlagzeilen oder Prestigeobjekte, wie ein unrentables Ärztehaus, sondern steht für eine pragmatische, bürgernahe Politik mit nachhaltigen Lösungen.

Genau diesen Ansatz sehen wir in den aktuellen interfraktionellen Haushaltsberatungen. Unser gemeinsames Ziel ist es, Gronau finanziell zu stabilisieren und gleichzeitig aktiv zu gestalten.

Dazu gehört vorrangig, das Hertie-Loch endlich dem Markt anzubieten und durch einen privaten Investor zu entwickeln. Damit wird eine städtebauliche Lücke im Herzen unserer Stadt geschlossen und zwei Fachdienste der Verwaltung werden dort zentral zusammengeführt. Der Neubau des Historischen Rathauses in der Bahnhofstraße mit Sitz des Bürgermeisters und der Kernverwaltung wird zu einem positiven Stadtbild beitragen. Das Eper Amtshaus bleibt ein wichtiger Teil der Verwaltung.

Weiterhin wird die Tiefgarage am Kurt-Schumacher-Platz seitens der Stadtwerke ertüchtigt, an dieser Stelle freuen wir uns über die große Beliebtheit des Spielplatzes, eine Initiative des Kurti e.V.

Bei der städtebaulichen Planung sind wir mit den ISEK-Prozessen in Epe und Gronau sowie der Entwicklung rund um den Drilandsee dank intensiver Bürgerbeteiligung auf einem guten Weg. Impulse für bezahlbaren Wohnraum werden endlich durch die Vermarktung neuer Baugebiete angestoßen.

Im Bereich Verkehrssicherheit und sichere Schulwege bleibt weiterhin Handlungsbedarf, die erste Schulstraße an der Albrechtstraße wird dauerhaft eingerichtet – ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt.

Und auch das gehört zur Wahrheit:

Eine lebenswerte Stadt entsteht nicht nur im Rathaus.

Sie entsteht durch die Menschen, die hier leben.

Durch ehrenamtliches Engagement.

Durch Verantwortung.

Durch Miteinander und Rücksichtnahme.

Deshalb möchten wir auch weiterhin die Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger durch die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ fördern.

Wir sitzen alle im gleichen Boot.

Doch ein kommunaler Haushalt ist kein Schnellboot – er gleicht vielmehr einem großen Tanker auf hoher See.

Ein Tanker lässt sich nicht abrupt wenden. Er braucht Zeit, klare Entscheidungen und eine ruhige, verlässliche Hand am Steuer.

Genauso ist es auch mit unserem Haushalt.

Die Richtung, die wir heute einschlagen, wird unsere Stadt über Jahre prägen. Umso wichtiger ist es, gemeinsam Kurs zu halten und bei Bedarf rechtzeitig nachzusteuern, zur Ehrlichkeit gehört auch dazu: Das kann auch unangenehme Entscheidungen mit sich bringen.

Der Haushalt 2026 ist ein wichtiger Schritt – aber nicht das Ende der Reise.

Entscheidend ist, dass wir gemeinsam am Steuer stehen – Bürgermeister Jörg von Borczyskowski, Verwaltung und alle Fraktionen.

Wir haben ein klares Ziel die Vermeidung der Haushaltssicherung:

Eine solide Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Eine Stadt, die handlungsfähig bleibt.

Eine Stadt, die ihre Zukunft gestaltet.

Und eine Stadt, auf die sich die Menschen verlassen können.

Und wir stehen für eine Politik, getreu dem Motto:

Gemeinwohl geht vor Einzelinteresse!

Ein Haushalt ist kein Wunschkonzert, sondern ein Ausdruck von Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern. Jetzt heißt es Verantwortung zu übernehmen – damit Gronau auch morgen noch handlungsfähig ist.

Die UWG-Fraktion wird dem Haushalt 2026 zustimmen.

Vielen Dank.